

Zu meiner Person

Ich wurde 1958 in Bremen geboren, wo ich seither lebe und arbeite. Ich bin Mutter von zwei erwachsenen Kindern und habe ein Enkelkind.

Nach dem Abschluss der Mittleren Reife habe ich eine Ausbildung zur staatlich examinierten und anerkannten Hauswirtschaftsleiterin gemacht. Nach einer Familienphase mit Kindererziehung bin ich im Einzelhandel tätig gewesen und habe eine Ausbildung zur Industriekauffrau abgeschlossen. Mein politisches Engagement habe ich bei der HBV (heute ver.di) begonnen. Seit 2006 bin ich Mitglied bei SO:LEB e.V., wo ich mich in der Beratung und Begleitung ALG-I- und ALG-II-Empfänger engagiere. Der Interessenschwerpunkt meiner politischen Arbeit ist das Arbeits- und Sozialrecht.

Im Mai 2010 bin ich in die Partei DIE LINKE eingetreten. Dort bin ich Delegierte des 7. Landesparteitages und Mitglied im Landesrat.

Liebe Bremerinnen und Bremer,

in kaum einem Bundesland gibt es so viel Leiharbeit und so viele prekär Beschäftigte wie in Bremen. Arbeitslose leiden unter den Sanktionen der Jobcenter. Ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer werden aus der Arbeitswelt ausgegrenzt. Das muss sich ändern. Ich möchte die Betroffenen in ihrem Kampf gegen weiteren Sozialabbau und Diskriminierung unterstützen und dafür eintreten, dass jeder und jedem ein menschenwürdiges Leben und die Teilnahme an der Gesellschaft möglich ist. Bremen braucht eine sozialverträgliche und umweltfreundliche Wirtschaftspolitik.

Dafür setze ich mich ein und bitte um Ihr Vertrauen.

Ihre



Anke Meyer
DIE LINKE. Bremen
Faulenstraße 75, 28195 Bremen
Telefon: 0421/32 06 66
Fax: 0421/32 06 67
anke.meyer@dielinke-bremen.de



**Anke Meyer:
Druck machen.
Links wählen!**

DIE LINKE.

www.dielinke-bremen.de

Unsere Politik für Bremen und Bremerhaven:

Im Land Bremen sind seit den 1980er Jahren ständig 35 000 bis 42 000 Menschen offiziell arbeitslos. Die tatsächliche Arbeitslosigkeit liegt bei annähernd 50 000 Menschen. Fast jeder zweite Arbeitsplatz im Land Bremen ist heute schon prekär – also nicht existenzsichernd (durch Niedriglohn und/oder niedrige Teilzeit) oder unsichert (durch Leiharbeit und/oder Befristung). Bremen hat sich in den letzten Jahren zu einer bundesweiten Hochburg der Leiharbeit und der Prekarisierung entwickelt.

Im Öffentlichen Dienst sind von 1993 bis 2007 in der Kernverwaltung über 25 Prozent des Beschäftigungsvolumens abgebaut worden. Das entspricht 4 800 Vollzeitstellen. In den öffentlichen Kliniken werden aktuell 950 weitere Stellen abgebaut, in der Verwaltung sollen bis 2014 ebenfalls 950 Stellen abgebaut werden.

Arbeit ist das Stiefkind der Politik in Bremen und der Politik des rot-grünen Senats. Der SPD-Grünen-Senat hat die Arbeitspolitik der Großen Koalition fortgesetzt – nur mit noch weniger Geld (»Sparen ohne Investieren«)! Unter Rot-Grün gibt Bremen etwa

dreimal so viele Landesmittel für Polarforschung aus wie für Arbeitsmarktpolitik. Im öffentlichen Dienst macht der Senat sich zum Vorreiter des Lohndrückens – in der jüngsten Tarifrunde drohte Bremen unverhohlen damit, aus der Tarifgemeinschaft der Länder auszusteigen, wenn der Abschluss zu »gut« sein sollte!

Von den meisten der neuen Arbeitsplätze haben die Erwerbslosen in Bremen und Bremerhaven nichts. Die gutbezahlten Stellen werden bundesweit vergeben, vor Ort bleiben nur die prekären Jobs hängen. Klein- und Mittelunternehmen, lokale Dienstleister, kleiner Einzelhandel und Handwerksbetriebe wurden nicht gefördert und mussten Stellen abbauen oder vielfach Insolvenz anmelden.

Rot-Grün verzichtet darauf, die Wirtschaftsförderung an Bedingungen wie lokale Beschäftigungsquoten, »Gute Arbeit« oder erweiterte Mitbestimmung zu knüpfen. Die Spaltung der Ökonomie, die vor allem auf Ausgrenzung und Prekarisierung setzt, wird von SPD und Grünen tatenlos hingenommen.

Wofür DIE LINKE steht:

1. Von Arbeit muss man leben können! Auf Landesebene: Mindestlohn von 10 Euro im Vergabegesetz

festschreiben. Anwendung auf alle öffentlichen Aufträge und Zuwendungen, Gesellschaften und Beteiligungen. Tarife des öffentlichen Dienstes und betriebliche Mitbestimmung auf alle anwenden, die in öffentlichen Einrichtungen arbeiten, ob Schule oder Kliniken.

2. Öffentlichen Dienst und öffentlich geförderte Beschäftigung ausbauen! Stopp des Personalabbaus. Mittelfristig 10 000 zusätzliche Arbeitsplätze durch öffentlich geförderte Beschäftigung, mehr Ausbildungsplätze im öffentlichen Dienst. Ausbau des öffentlichen Dienstes, ausreichende Finanzierung für Bürgerhäuser und Vereine.

3. Umverteilung von oben nach unten statt Schuldenbremse! Auf Landesebene: Kürzungsprogramm verhindern. Kein Einfrieren der Ausgaben für Bildung, Arbeit, Kultur, Soziales. Kein Ausstieg aus der Tarifgemeinschaft, keine Absenkung der Tarifentgelte, keine von den Beamtinnen und Beamten zu erbringenden Sonderopfer!

